

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Interview: Peter Merg

USA

02.03.2020

«Im Kampf gegen die Polizei wurden wir Sozialisten»

Gespräch mit Tory Russell. Über die Proteste gegen rassistische Polizeigewalt in den USA und über »Black Lives Matter«, über Identitäts- und Klassenpolitik, das Erbe der Black Panther Party und die Frage, ob Bernard Sanders US-Präsident werden kann



Jonathan Bachman/REUTERS

»Wo immer schwarze Menschen um ihre Freiheit kämpfen, wollen wir diese Kämpfe organisieren.« Proteste in Baton Rouge, Louisiana, nach der Ermordung des Schwarzen Alton Sterling durch weiße Polizisten (9.7.2016)

Vor mehr als fünf Jahren wurde in der US-amerikanischen Kleinstadt Ferguson, Missouri, der afroamerikanische Teenager Michael Brown jr. von einem weißen Polizisten ermordet. In der Folge entwickelte sich eine Protestbewegung gegen rassistische Polizeigewalt. Sie waren von Anfang an als Aktivist dabei. Wie verliefen die Proteste?

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Zu Beginn war es einer dieser typischen amerikanischen Proteste, wie sie Dr. Martin Luther King in den 60ern angeführt hat: Märsche, Sprechchöre, Schilder gegen das Unrecht. Die anschließende Eskalation war die Folge des Verhaltens der Polizei. Je repressiver die Polizei vorging, je aggressiver sie wurde, desto aggressiver wurden die Proteste. Diese Erfahrungen, keine Angst mehr zu haben, die Tränengasgranaten einfach zurückzuwerfen, waren ungemein wichtig. Aber sie hatten einen Preis. Mindestens sechs Menschen starben in der Folge, bei denen wir davon ausgehen, dass sie Racheakten der Polizei zum Opfer fielen. Wir protestierten mehr als ein Jahr lang, 400 Tage lang waren wir jeden Tag auf der Straße. Wir protestierten im Stadtrat, am Weißen Haus in Washington, auf dem Capitol Hill, störten politische Veranstaltungen. Aber Gebäude anschreien alleine führt zu keiner Veränderung. Deshalb verebten die Proteste schließlich. Manche von uns dachten, das Problem des Rassismus ließe sich abwählen, wegbeten, vielleicht sogar wegweinen. Andere wählten einen radikaleren Ansatz.

Die Proteste in Ferguson waren Teil einer landesweiten, dann internationalen Bewegung, die als »Black Lives Matter« bekannt ist. In Ihrem Artikel »Anmerkungen zum Aufstand«, der auch in *junge Welt* veröffentlicht wurde, haben Sie kritisiert, die Bewegung habe sich in ihr Gegenteil verkehrt. Wie kam es dazu?

Die Ferguson-Proteste waren für die »Black Lives Matter«-Bewegung das, was die »Black Power«-Bewegung für die Bürgerrechtsbewegung war: Es war ihre radikalste, am weitesten links stehende politische Konsequenz. Wir waren nicht offen für Verhandlungen. Das kann die liberale Öffentlichkeit natürlich nicht wollen, das können die liberalen Medien nicht wollen. Sie wollen nicht, dass die Arbeiterklasse lernt, zu handeln und kompromisslos zu sein. Sie suchten sich nette Mittelklasseleute, Kleinbürger, die reden können. Die fanden sie und das hat der Bewegung die Spitze genommen. Die einfachen Mitglieder der Bewegung sind oft radikaler, diejenigen auf der Straße, die in den Community-Projekten. Aber viele der Anführer von »Black Lives Matter« waren nicht bei den eskalierenden Protesten dabei, sie waren nicht in Ferguson, warfen keine Tränengasgranaten zurück. Sie haben kapituliert.

Wie verlief der politische Radikalisierungsprozess bei Ihnen und Ihren Mitstreitern?

Wir mussten uns unserer politischen Standpunkte erst klarwerden. Klassenbewusstsein muss sich erst entwickeln, es ist nie von Anfang an 100 Prozent rein. Bei uns begann es

mit einer Anti-Polizei-Haltung, erst dann wurden wir auch Antikapitalisten, im Kampf gegen die Polizei wurden wir Sozialisten. Heute sind wir nicht mehr nur gegen etwas, sondern können ausdrücken, wofür wir sind. Wenn wir heute zu Menschen sprechen, haben wir eine Agenda, eine Plattform, eine Mission. Wir sind an einem ähnlichen Punkt, an dem die Black Panther Party war, als sie ihr Zehn-Punkte-Programm aufstellte: Wir sprechen über das Wohnungsproblem genauso wie über Antimilitarismus und Antiimperialismus.

Sie sind ein Sprecher der »International Black Freedom Alliance«, IBFA, die 2016 gegründet wurde.

Yeah, wir haben noch den Babygeruch an uns (lacht).

Ihre Organisation propagiert ein neues Verständnis panafrikanischer Solidarität. Wie würden Sie diesen Ansatz jemandem erklären, der noch nie davon gehört hat?

Wir glauben, dass es eine Organisation braucht, die Verbrechen an schwarzen Menschen bekämpft, nicht nur in den USA, sondern auf der ganzen Welt. Eine internationale Organisation gegen internationale Menschenrechtsverletzungen. Wir sehen uns in der Tradition von Marcus Garvey, Malcolm X und Kwame Nkrumah, die diese Notwendigkeit gesehen haben. Wo immer schwarze Menschen um ihre Freiheit kämpfen, wollen wir diese Kämpfe organisieren. Es geht uns nicht nur um Gleichheit, sondern um Gerechtigkeit.

Was bedeutet das für Ihre politische Praxis? Wie sieht Ihre politische Arbeit aus?

Wir beteiligen uns natürlich auch weiterhin an Protesten, orientieren uns aber insgesamt am politischen Ansatz der Black Panther Party. Der setzt im Kleinen an: Unser »Books and Breakfast«-Programm hat die Frühstücksprogramme der Panthers zum Vorbild, bei denen die kostenlose Ausgabe von Essen an arme schwarze Schulkinder mit politischer Aufklärung verbunden wurde. Wir leisten Rechtsberatung, sammeln für Solidaritätsfonds, kämpfen für die Freilassung aller politischer Gefangener – von den USA, über Haiti bis Südafrika – und zugleich etwa für Reparationen. Letzteres ist vor allem in Afrika ein großes Thema. Wir unterstützen natürlich etwa die Entschädigungsforderungen westafrikanischer Staaten für die Zeit des deutschen Kolonialismus. Für Verbrechen wie

den Völkermord an den Herero und Nama braucht es auch materielle Reparationen. Wir brauchen uns nur an das Schicksal des mit US-Hilfe ermordeten kongolesischen Premierministers Patrice Lumumba erinnern, um zu wissen, dass das System des Kolonialismus nie geendet hat. Aber daran zu erinnern, wird das System nicht ändern. Wir können nicht darauf warten, dass es sich von selbst ändert, wir müssen diese Änderung herbeiführen. Wir sind der Meinung, dass das für uns als schwarze Sozialisten ganz praktisch etwa bedeutet, dass wir anfangen müssen, schwarze sozialistische Gemeinschaften zu bilden. Uns in Kommunen, Kollektiven und Kooperativen zusammenzuschließen, um ein antikapitalistisches, sozialistisches Gemeinwesen aufzubauen.

Arbeiten Sie dabei mit anderen sozialistischen nicht-schwarzen Organisationen zusammen?

Ja, natürlich. Wir sind der Auffassung, dass die Analysen von Karl Marx keine Farbe haben, also trotz kleinerer rassistischer Tendenzen in seinen Schriften allgemein zutreffend sind. Die Befreiung schwarzer Menschen wird nicht ohne die sozialistische Kontrolle der Produktionsmittel und die daran gebundene Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu erreichen sein. Wir Schwarze waren schon immer Arbeiter. Ebenso die Latinos in den USA. Dieser Aspekt ist wichtig und natürlich haben wir solidarisch Teil am Kampf der gesamten Arbeiterklasse. Wir wollen eine einige internationalistische sozialistische Front aufbauen, das ist das Ziel.

Sie haben gesagt, die IBFA stehe in der Tradition der Black Panther Party. Diese war sicherlich die radikalste sozialistische Organisation von Afroamerikanern. Was haben Sie von ihr gelernt?

Ich hatte das Vergnügen, mit vielen ehemaligen Panthers zu sprechen, etwa mit der früheren Parteivorsitzenden Elaine Brown. Wir sprachen darüber, wie man Menschen organisiert, die tagtägliche Arbeit. Meine Genossen und ich haben von den Panthers gelernt, dass man ein Kollektiv sein muss und niemanden ausschließen darf: Man kann ein Drogendealer, eine Prostituierte, ein Bankräuber, ein Dieb sein und trotzdem noch Sozialist werden. All diese Menschen können organisiert werden. Und vor allem haben wir gelernt, dass man in seiner politischen Arbeit bei den Grundbedürfnissen der Menschen ansetzen muss. Wie die Panthers mit ihren Essensprogrammen für Schulkinder.

Wenn man die Bedürfnisse der Community ernst nimmt und ihre Probleme angeht, kann man sie organisieren. Und damit tatsächlich das System herausfordern.

Die Panthers wurden nach ihren ersten Erfolgen durch die staatlichen Institutionen zerschlagen. Sind Sie darauf vorbereitet, dass man auch versuchen wird, Ihre Organisation zu zerstören, wenn sie gefährlich wird?

Ja, wir sind vorbereitet, viele unserer Leute noch aus Ferguson-Zeiten sitzen auch schon im Gefängnis. Bei manchen hieß es, sie seien gewissermaßen Terroristen. Mein Kumpel Joshua bekam sieben Jahre dafür, dass er eine Plastikflasche angezündet hat. Angeblich wollte er Polizisten damit vergiften. Darren Seals, ein wirklich kraftvoller, aufstrebender junger Anführer unserer Bewegung, wurde erschossen und dann in seinem Auto verbrannt. Der Sohn einer anderen Aktivistin wurde gelyncht. Was ich sagen will: Wenn du zum öffentlichen Gesicht einer widerständigen Bewegung wirst, kann dir viel passieren. Du kannst deswegen arbeitslos werden, dir kann etwas zustoßen, deinen Kindern kann etwas zustoßen. Du musst bereit sein, ein Patrice Lumumba zu werden. Ich will das nicht, muss aber dazu bereit sein.

In Ihrer Rede auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz haben Sie gesagt: »Wir können nicht zulassen, dass Identitätspolitik unsere Bewegung abbremst.« Welche Rolle spielt Identitätspolitik in Ihrer Arbeit?

Ich bin schwarz, natürlich mache ich Identitätspolitik. Aber unsere Identitätspolitik muss im Klassenkampf verwurzelt sein. Ich weiß, dass meine Hautfarbe meine Klassenzugehörigkeit diktiert, in neun von zehn Fällen. Das muss uns klar sein. Ja, jede schwarze Person kann politisiert werden, und natürlich ist das unser Ziel. Aber Identitätspolitik ohne Klassenperspektive ist völlig kompatibel zum Neoliberalismus. Das ist doch das, was in liberalen US-Medien praktiziert wird: Wenn du eine Diskussionsrunde machst, achte darauf, dass ein Schwarzer dabei ist, eine Latina, hol dir irgendwen mit nur einem Bein und lass ihn sprechen. Aber damit stellst du nicht sicher, dass über das Richtige diskutiert wird – über die Befreiung der Menschen. Und natürlich gibt es schwarze Kapitalisten, die die »weiße Vorherrschaft« zementieren, schau bloß nach Afrika. Nur Sozialismus ist die Lösung. Hier wie dort.



Gabriele Senft

War bei den Ferguson-Protesten von Anfang an dabei: Tory Russell

Nach dem Wahlsieg Donald Trumps und anderen Erfolgen rechter Politiker überall in der Welt begann in der globalen Linken eine große Diskussion darüber, ob man sich zu sehr auf Identitätspolitik konzentriert habe und nicht wieder die Klasse in den Mittelpunkt rücken müsse. Wenn ich Sie richtig verstehe, sagen Sie: Das ist nicht die Frage. Richtige Identitätspolitik ist immer auch Klassenpolitik.

Die Forderung nach Reparationen für die Kolonialherrschaft und die Sklaverei ist eine Klassenfrage. Es geht um gestohlene Arbeit. Es geht nicht um Geld auf die Hand, sondern darum, dass die schwarze Arbeiterklasse aus dem Dreck kommt. Wenn Linke wie die weißen Präsidentschaftsbewerber Bernie Sanders oder Elizabeth Warren »straight class« propagieren, haben sie derlei nicht im Blick. Wenn sie mir erzählen, was schwarze Menschen in den USA brauchen, erreicht mich das nicht. Sie verstehen nicht, dass die Ausgangslage für Weiße und Schwarze unterschiedlich ist. Wenn jemand reinkommt und dich mit einem Messer schneidet und mich auch, aber tiefer, und wenn dann der Arzt uns dieselbe Menge an Bluttransfusionen gibt, sterbe ich. Es geht um etwas Strukturelles. Was die weiße Arbeiterklasse braucht, ist nicht eins zu eins identisch mit dem, was die schwarze Arbeiterklasse braucht. Deshalb müssen wir zugleich klassen- als auch identitätspolitisch arbeiten.

Wie bereits gesagt, fast überall auf der Welt entscheidet »Race« auch darüber, welcher Klasse du angehörst. Das betrifft nicht nur die Hautfarbe: Juden galten mal als Nichtweiße, die Iren galten mal als die Schwarzen Großbritanniens ...

Die Südtaliener galten Norditalienern als Untermenschen ...

Und heute gelten sie als weiß. Dieser Aspekt muss in unseren Klassenanalysen mitberücksichtigt werden.

Wie wichtig ist die Reparationsfrage, um Schwarze in den USA für antikapitalistische Ideen zu gewinnen? Denn es liegt doch auf der Hand, dass diese Forderung nicht unter kapitalistischen, insbesondere imperialistischen Bedingungen durchgesetzt werden kann.

Ich freue mich über diese Frage, weil sie mir in den Vereinigten Staaten niemals gestellt würde. Es geht hier nämlich um eine unbequeme Wahrheit, auch hinsichtlich der kommenden Präsidentschaftswahlen, bei denen ein demokratischer Sozialist wie Sanders kandidieren will. Wie will man denn den Sozialismus in den USA durchsetzen, wenn man zugleich das Problem konzentrierten Reichtums nicht angehen möchte? Wie soll das funktionieren, wenn man nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln angreift? Wenn wir von Reparationen reden, reden wir genau davon: der Kontrolle über die Produktionsmittel, deren demokratischer Vergesellschaftung als Voraussetzung dafür, auch das »Race«-Problem zu lösen. Es geht nicht bloß um Land und Geld. Nehmen wir die Forderungen nach der Vergesellschaftung der Lonmin-Minen in Südafrika (mittlerweile Sibanye-Stillwater, *jW*), einer der größten Platin-Minenbetreiber der Welt, wie sie die linke Oppositionspartei EFF erhebt, die »Economic Freedom Fighters«. Es geht hier um einen kapitalistischen Großkonzern, der zudem ganz klar von Rassismus profitiert. Diese Minen ins Gemeineigentum zu überführen, in die Hand ihrer Arbeiter zu überführen und auf dem umliegenden Land Wohnraum für sie zu schaffen – das ist doch ein marxistisch-leninistischer Gedanke.

Es sieht ganz danach aus, als ob der sich selbst als »demokratischer Sozialist« bezeichnende Bernard Sanders realistische Chancen hat, der Kandidat der US-Demokraten bei den kommenden Präsidentschaftswahlen zu werden. Ist er für einen schwarzen Sozialisten wie Sie ein Hoffnungsträger?

Wenn wir auf die Wahlen von 2016 zurückblicken, dann hatten wir damals das Duell eines Kapitalisten auf Steroiden, eines Faschisten, gegen Hillary Clinton, die geprägt ist von der Ideologie eines Henry Kissinger. Das war gewollt, die Kandidatur von Sanders wurde

aktiv verhindert. Das müssen wir nun analysieren, warum war das so? Ist Bernie Sanders ein Marxist? Nein. Ist er ein Sozialist?

Vielleicht. In einem gewissen Sinne.

Sagen wir: ein Sozialist light. Wie Diätcola (lacht).

Wie ein europäischer Sozialdemokrat der 60er Jahre vielleicht.

So einer also. Wir müssen uns nun fragen: Würde uns ein Präsident Sanders bessere Bedingungen für den Kampf um einen sozialistischen Staat bieten? Ja. Aber es würde bedeuten, dass wir unsere Organisationsarbeit sogar noch intensivieren müssten. Denn wir haben es ja in Europa gesehen: Die Menschen lassen sich von sozialstaatlichen Zugeständnissen einlullen, von einer günstigen Gesundheitsvorsorge, einem kostenlosen Bildungssystem und so weiter. Sie denken, das sei schon fast Sozialismus, aber das ist es nicht. Und Sanders mag zwar links sein, aber man muss Druck auf ihn machen: bei der Frage der Reparationen, bei antiimperialistischen Themen. Er hat ein paar fürchterliche Dinge über Nicolás Maduro gesagt, mit denen wir nicht einverstanden sind, und hinsichtlich Venezuela und Kuba sind wir nicht kompromissbereit. Oder bezüglich Palästina. Wir würden Bernie begrüßen, aber auch viel Druck auf ihn ausüben und dafür vielleicht sogar noch mehr auf die Straße gehen müssen.

Wie hat die Präsidentschaft Trumps die Kampfbedingungen für Sie verändert?

Trump lässt weiße Arbeiter glauben, sie seien mächtig. Wir wissen, dass viele Polizisten an die »weiße Vorherrschaft« glauben, weiße Nationalisten sind, sogar Neonazis. Aber davor dürfen wir nicht zurückschrecken. Wir reagieren auf diese Aggression aggressiv. Wir gehen nicht raus, um Leute anzugreifen, wir wollen auch nur in Frieden leben. Aber wir können Neonazis nicht erlauben, die Straße zu beherrschen und uns einzuschüchtern. Trump bekennt sich nicht öffentlich zur »White Supremacy« oder zum weißen Nationalismus, aber seine Hundepfeife wird von diesen Typen gehört, und sie handeln entsprechend. Unsere Antwort darauf ist, dass schwarze Menschen nicht zurückstecken dürfen. Sie dürfen nicht versuchen, dem zu entfliehen, sondern müssen dem standhalten und Gemeinschaften schaffen, die frei sind von Rassisten, um sich schützen zu können.

Was erwarten Sie, sollte Trump wiedergewählt werden?

Ich glaube nicht, dass sie Bernie gegen ihn antreten lassen. Ich habe vor vier Jahren gesagt, dass Trump gewinnen wird, und ich sage es jetzt wieder. Leider. Vielleicht wird die Erfahrung, den Beginn von wirklichem Faschismus zu erleben, uns stärken: Wenn wir uns organisieren und lernen, ihn zu besiegen.

Sie sind also darauf vorbereitet, dass sich die bürgerliche Herrschaft in den USA zu einem offen diktatorischen Regime entwickelt?

O ja, das ist eine Option. Aber die Alternativen sind auch reaktionär: Mit Ausnahme von Sanders sind alle Präsidentschaftskandidaten ganz offen prokapitalistisch. Selbst Warren erklärte noch letztes Jahr, sie sei eine stolze Kapitalistin. Und es gibt Anführer von »Black Lives Matter«, die eine solche Politikerin unterstützen. Darauf dürfen wir uns nicht einlassen. »Alles außer Trump« ist ein reaktionäres Motto. Wir müssen für mehr kämpfen als das.

Junge Welt 29.02.2020